

16. Wahlperiode

56. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 10. Dezember 2009

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Geschäftliches		Beschlussempfehlung: Längere Züge mit ausreichenden Platzkapazitäten im S-Bahnverkehr einsetzen	
Nachgerückter Abgeordneter		Drs 16/2828	5416
Dr. Michael Wegner (CDU)	5253	Beschlussempfehlungen: Konsequenzen aus dem S-Bahndesaster	
Liste der Dringlichkeiten	5414, 5415	Drs 16/2831	5416
Geburtstagsglückwünsche		Antrag: Konsequenzen aus dem S-Bahnchaos (II): fristlose Kündigung des S-Bahn-Verkehrsvertrages	
für Ralf Wieland (SPD)	5413	Drs 16/2837	5416
Ordnungsruf		Beschlussempfehlung: Untersuchung des Impfstatus älterer Berlinerinnen und Berliner	
für Kurt Wansner (CDU)	5355	Drs 16/2832	5416
Konsensliste		Beschlussempfehlung: Unverzögliche Wiederbelebung des Berliner Impfbeirates	
I. Lesung: Drittes Gesetz zur Änderung des Spielbankengesetzes		Drs 16/2833	5416
Drs 16/2810	5416	Beschlussempfehlung: Die Rotaviren-Schluckimpfung gehört in die öffentlich empfohlenen Schutzimpfung	5416en des Senates
I. Lesung: Gesetz zur Abschaffung des Grundwasserentnahmeentgeltes		Drs 16/2834	5416
Drs 16/2835	5416	Antrag: Mehr Berlin in Europa – mehr Europa in Berlin (V): Intensivierung der Zusammenarbeit Berlins mit der Republik Serbien	
Beschlussempfehlungen: Anstrengung der Schulen würdigen – „Internationale Agenda 21 Schulen“ mit Projektgeldern ausstatten!		Drs 16/2836	5416
Drs 16/2820	5416	Antrag: Den Vormarsch der Wildschweine in die Stadt stoppen, Stadtjäger unterstützen	
Beschlussempfehlung: Keine BAföG-Anrechnung bei Auszubildenden an privaten Berufsfachschulen – BAföG soll Schulgeldzahlung ermöglichen!		Drs 16/2838	5417
Drs 16/2823	5416	Antrag: Standortprüfung für die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin – ZLB –	
Beschlussempfehlung: Ausbildung zur Sozialassistentin/zum Sozialassistenten als eigenständigen Beruf in Berlin einrichten		Drs 16/2839	5417
Drs 16/2825	5416		

Erklärungen gemäß § 72 GO Abghs

Sven Kohlmeier (SPD) 5306
 Stefan Ziller (Grüne) 5307

Dringliche II. Lesung

Berliner Gesetz zum Schutz und Wohl des Kindes

Drs 16/2857 5308

**Letztes Kitajahr vor der Schule für alle
 Kinder kostenfrei – auch für Antrags-Kinder!
 Gesetz zur Änderung des
 Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetzes**

Drs 16/2859 5308

**Gesetz zur Einführung der beitragsfreien
 Förderung im Kindergarten und zur Änderung
 weiterer Vorschriften**

Drs 16/2860 5308
 Emine Demirbükten-Wegner (CDU) 5308, 5311
 Sandra Scheeres (SPD) 5309
 Elfi Jantzen (Grüne) 5310
 Dr. Margrit Barth (Linksfraktion) 5311
 Sebastian Czaja (FDP) 5312

Dringliche Beschlussempfehlungen

**Entwurf des Bebauungsplanes I-15b im
 Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte**

Drs 16/2844 5313
 Astrid Schneider (Grüne) 5313
 Dr. Michael Arndt (SPD) 5314
 Dr. Manuel Heide (CDU) 5315
 Uwe Doering (Linksfraktion) 5316
 Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) 5317
 Beschluss 5431

**Aufgabe gemäß § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz
 von acht Sportflächen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf**

Drs 16/2858 5318
 Beschluss 5431

**Vermögensgeschäft Nr. 23/2009 des
 Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

Drs 16/2861 5318
 Beschluss 5431

**Vermögensgeschäft Nr. 27/2009 des
 Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

Drs 16/2862 5318
 Beschluss 5431

Einzelplan 01 5318
Einzelplan 02 5318
Einzelplan 20 5318
Einzelplan 21 5318

Einzelplan 03 5318

Beschlussempfehlungen

**Die Empfehlungen der Enquetekommission
 „Kultur in Deutschland“ für Berlin nutzen! (III):
 Berliner Theaterlandschaft in ihrer Vielfalt
 stärken!**

Drs 16/2755 5318

Dringlicher Antrag

Rundfunkorchester erhalten

Drs 16/2863 5319
 Brigitte Lange (SPD) 5319
 Michael Braun (CDU) 5320
 Wolfgang Brauer (Linksfraktion) 5321
 Alice Ströver (Grüne) 5322
 Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) 5323
 Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit 5324
 Sylvia von Stieglitz (FDP) 5325
 Beschluss 5431

Einzelplan 05 5326

Anja Hertel (SPD) 5326
 Dr. Robbin Juhnke (CDU) 5328
 Marion Seelig (Linksfraktion) 5329
 Benedikt Lux (Grüne) 5330
 Björn Jotzo (FDP) 5331
 Senator Dr. Ehrhart Körting 5332, 5336
 Markus Pauzenberger (SPD) 5333
 Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion) 5334
 Canan Bayram (Grüne) 5335
 Sebastian Czaja (FDP) 5335
 Henner Schmidt (FDP) 5336

Einzelplan 06 5337

Dr. Fritz Felgentreu (SPD) 5337
Sven Rissmann (CDU) 5338
 Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion) 5339
 Dirk Behrendt (Grüne) 5340
 Dr. Sebastian Kluckert (FDP) 5341
 Senatorin Gisela von der Aue 5342

Einzelplan 09 5344

Burgunde Grosse (SPD) 5344
 Gregor Hoffmann (CDU) 5345
 Elke Breitenbach (Linksfraktion) 5346

Henner Schmidt

tizverwaltung ist uns im Ausschuss noch als völlig auf der Spur präsentiert worden, ist mittlerweile aber auch gescheitert. Jetzt stehen die Mittel dafür im Haushalt und werden umgewidmet.

Und viertens hat das Thema Open-source für uns eine hohe Bedeutung für den Haushalt. Wenn wir in diesem Haushalt kurzerhand 10 Millionen Euro für ein SAP-Upgrade für ein einziges Verfahren ausgeben, zeigt das, wie falsch es ist, auf geschlossene Lösungen wie SAP zu setzen.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Heidi Kosche (Grüne) und
Thomas Birk (Grüne)]

Hier muss eine Ablösung stattfinden, um diese immer wieder stattfindende Abschöpfung durch SAP zu stoppen.

Die einzelnen Verwaltungen haben sich im Haushalt sehr unterschiedlich dargestellt. Da gibt es welche, die ich loben möchte, die haben klare Zahlen und sauber definierte Projekte präsentiert: Gesundheit und Umwelt gehört dazu, Wirtschaft gehört auch dazu. Dann gab es ganz zum Kontrast, Frau Senatorin, die Justizverwaltung, wo selbst die Koalitionsvertreter im Ausschuss nicht glauben wollten, was sie da hörten. Da werden die Staatsanwälte mit 24-Zoll-Monitoren ausgestattet, die teurer sind als zwei 21-Zoll-Monitore, mit Millionen Mehrkosten. Da soll in jedem Gefängnis eine eigene Server-Insellösung errichtet werden. Das ist wirklich Unsinn.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Thomas Birk (Grüne)]

Deshalb muss die Justizsenatorin ihre interne Verwaltung bei der IuK auf die Reihe bringen.

Der Innensenator ist IT-Senator, sein Staatssekretär ist dafür zuständig. Er muss endlich einmal die festgelegten Standards und die gesetzlichen Auflagen aus dem letzten Haushaltsgesetz in den anderen Senatsverwaltungen durchsetzen.

[Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Was?]

Das war Konsens aller Fraktionen.

[Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Aha!]

Informationstechnik kostet viel, sie ist aber ganz wesentlich für die Effizienz der Verwaltung. Sie ist wesentlich für die Qualität der Dienstleistung für unsere Bürger. Darum geht es der FDP: Mehr Service für die Bürger und dabei noch Geld sparen! Schade, dass die Koalition unseren Vorschlägen bei den Haushaltsberatungen nicht folgen wollte. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Heidi Kosche (Grüne) und
Thomas Birk (Grüne)]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schmidt! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer nun dem Einzelplan 05 – Inneres und Sport – unter Berücksichtigung der Änderungen des Hauptausschusses gemäß Drucksache 16/2850 und den Auflagenbeschlüssen des Hauptausschusses Nummern 31 bis 35 vorbehaltlich der am Ende der Sitzung abzustimmenden Änderungsanträge der Fraktionen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Die Gegenprobe! – Das sind die Oppositionsfraktionen. Enthaltungen? – Sehe ich nicht. Ersteres war die Mehrheit, damit ist der Einzelplan 05 so angenommen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1 f:

Einzelplan 06
– **Justiz** –

hierzu:
Änderungen des Hauptausschusses gemäß
Drs 162850

Es hat für die SPD-Fraktion der Herr Abgeordnete Felgentreu das Wort.

Dr. Fritz Felgentreu (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die Justiz eines Landes gilt im Allgemeinen, was Perikles über die Frauen gesagt hat:

[Andreas Gram (CDU): Ah!]

dass über sie dann das Beste gesagt ist, wenn im Guten wie im Schlechten nie von ihr die Rede war.

[Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Aber dann!]

Von der Justiz erwarten die Bürgerinnen und Bürger geräuschloses Funktionieren, Rechtssicherheit, effektive Strafverfolgung und einen Justizvollzug, der Strafe, Prävention und Resozialisierung verbindet. Die Berliner Justiz leistet in diesem Sinn hervorragende Arbeit.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Dafür danke ich im Namen der SPD-Fraktion allen, die diese Arbeit tragen: den Bediensteten des Justizvollzugs, den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, den Richterinnen und Richtern, den Wachtmeistern und Bürokräften, den Rechtspflegern und den Beamten und Angestellten der Senatsverwaltungen. Sie sind die Garanten des Rechtsfriedens in unserer Stadt.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Die Haushaltsdebatte ist eine willkommene Gelegenheit, doch einmal über die Berliner Justiz und ihre zentralen Herausforderungen in den nächsten Jahren zu sprechen.

Dabei steht an erster Stelle der Ausbau des Strafvollzugs. Mit dem Doppelhaushalt 2010/2011 werden die Mittel zur

Dr. Fritz Felgentreu

Verfügung gestellt, um eine neue Haftanstalt mit 600 Haftplätzen vor den Mauern unserer Stadt zu errichten.

[Mario Czaja (CDU): Wir haben keine Mauern!]

Diese Maßnahme ist unverändert notwendig, um auch in Zukunft sicherzustellen, dass der Berliner Strafvollzug seine Aufgaben erfüllen kann. Wir reagieren damit auf jahrelange Überbelegung und auf die Notwendigkeit, große Teile unserer alten Haftanstalten zu entlasten und zu sanieren. Eine letzte Bestätigung, wie wichtig die neue Haftanstalt ist, hat das jüngste Urteil des Verfassungsgerichtshofs geliefert. Das höchste Berliner Gericht hat darin festgestellt, dass die dauerhafte Unterbringung von Gefangenen in den kleinen Hafträumen der Teilanstalt I in Tegel gegen die Menschenwürde verstoße.

Mit dem Neubau der JVA Heidering in Großbeeren tragen wir also den objektiven Notwendigkeiten Rechnung. Und wir schaffen eine moderne Haftanstalt, die durch neue Arbeits- und Ausbildungsplätze auch für die Resozialisierung optimale Voraussetzungen bieten wird. Wichtig ist uns dabei die saubere konzeptionelle Trennung der hoheitlichen Aufgabe des Strafvollzugs im engeren Sinn von den Aufgaben, die in Zusammenarbeit mit freien Trägern und privaten Investoren besser gelöst werden können, z. B. die Vorbereitung auf die Haftentlassung und eben Arbeit und Ausbildung.

Besonders freut es mich, dass wir zur Vorbereitung der Inbetriebnahme von Heidering verstärkt in die Ausbildung junger Strafvollzugsbediensteter einsteigen, die an den Haftanstalten dringend benötigt werden.

Um dem Strafvollzug eine belastbare Grundlage zu geben, werden wir in den nächsten zwei Jahren die Gesetzgebung auf diesem Gebiet mit einem Berliner Strafvollzugsgesetz zum Abschluss bringen. Wir knüpfen dabei an das Jugendstraf- und das Untersuchungshaftvollzugsgesetz an, mit denen wir die Standards erheblich verbessert haben. Gerade das U-Haftvollzugsgesetz, das wir vor wenigen Wochen beschlossen haben, ist ein rechtspolitischer Durchbruch. Zum ersten Mal in der Rechtsgeschichte unseres Bundeslandes ist es gelungen, die Untersuchungshaft durch ein Gesetz zu regeln und dabei die ureigene Aufgabe, nämlich ein ordentliches Strafverfahren abzusichern, mit den Konsequenzen aus der Unschuldsvermutung zu verbinden. Wir werden mit dem Berliner Strafvollzugsgesetz die bewährte Kooperation mit anderen Bundesländern fortsetzen und ein Gesetz vorlegen, das eine moderne Sicherheit und Resozialisierung verbindenden Strafvollzug in Berlin eine dauerhafte Grundlage verleiht.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir zur Entlastung des Sozialgerichts. Um die dort entstandenen Überhänge abzubauen, wird 2009 und 2010 nicht nur die Zahl der Richter erhöht, sondern wir werden auch in einer gemeinsamen Kraftanstrengungen noch 20 zusätzliche Stellen im nichtrichterlichen Dienst schaffen. Bei den Bewährungshelfern bereiten wir den Generationswechsel durch die

befristete Einstellung von Nachwuchskräften vor, die in zwei Jahren auf freiwerdende Stellen nachrücken können.

Insgesamt ist die Beschlusslage über den Justizhaushalt von einem Sinn für das Wesentliche und für das Mögliche getragen. Die Berliner Justiz erhält mit diesem Doppelhaushalt einen Beamtenrock, der eng sitzt, aber warm hält, und er ermöglicht Bewegung in die richtige Richtung. Die Justiz wird ihre Aufgaben damit in bewährter Qualität erfüllen. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 06.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Felgentreu! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter **Rissmann** das Wort. – Bitte sehr!

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrte Damen! Meine Herren! Lieber Kollege Dr. Felgentreu! Wenn es tatsächlich so sein sollte, dass Geräuschlosigkeit ein Maßstab, ein Kriterium dafür ist, dass Justiz gut funktioniert, dann ist es in Berlin wohl nicht der Fall.

[Beifall bei der CDU]

Wir könnten gern eine Presseschau des letzten Jahres machen, na ja.

Was fällt mir sonst spontan ein, wenn ich heute hier über den Einzelplan 06, über Justiz, mit Ihnen reden darf? – Eigentlich nur: ideenlos, planlos, hoffnungslos.

[Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

Das ist auch bei den vorherigen Reden zum Ausdruck gekommen. Politik kann in erster Linie über Haushaltspolitik gestalten, Schwerpunkte und Rahmenbedingungen setzen sowie auf Entwicklungen reagieren bzw. Veränderungen nachvollziehen. Wenn das so ist, dann kann das Urteil über den Haushalt von Frau von der Aue nur sein: nicht nur ideenlos, planlos und hoffnungslos, sondern obendrein noch politiklos, aus meiner Sicht gar politikfrei,

[Beifall bei der CDU]

frei von jedem gestalterischen Anspruch, ohne Einsicht, ein bloßes von gigantischen Scheuklappen getragenes „Weiter so“.

Sie haben, Frau Senatorin, aus den letzten zwei Jahren nichts gelernt, oder, wofür wohl auch einiges spricht, sich schlichtweg im Senat nicht durchsetzen können. Das ist umso schlimmer, weil die Berliner Justiz angesichts der großen Aufgaben eine starke Lobby bräuchte. Dies muss eine Justizsenatorin sein. Stattdessen deckeln Sie die zum ganz großen Teil berechtigten Anliegen der Mitarbeiter in den Haftanstalten, der Staatsanwälte – Frau Junker lässt grüßen –, der Richterschaft, insbesondere an den Sozi-

Sven Rissmann

algerichten, der Rechtspfleger, der Anwälte usw. Wenn das Ihr Amtsverständnis ist, Frau von der Aue – und dies scheint bei diesem Haushalt wieder einmal zum Ausdruck zu kommen –, dann haben Sie Ihren Job gründlich falsch verstanden.

[Beifall bei der CDU]

Fünf Minuten Redezeit erlauben mir nur, auf einige Punkte einzugehen. Da müssen natürlich gerade hier in Berlin an erster Stelle die Berliner Haftanstalten stehen. Sie tragen, Frau von der Aue, die Verantwortung dafür, dass man in Tegel und auch anderenorts in anderen Berliner Haftanstalten häufig von Justizmitarbeitern verwaiste Flure vorfindet und die Gefangenen sich schlichtweg selbst überlassen werden. Dies ist eine tickende Zeitbombe, die Sie mit diesem Haushalt hätten entschärfen können. Sie tun hier nichts. Allein der Verfassungsgerichtshof unseres Landes stoppt das Schlimmste.

Wir leiden an einer extremen Personalknappheit. Der durchschnittliche Krankenstand liegt bei 13 Prozent. Ihr eigenes Kienbaum-Gutachten besagt: Nur sechs bis zehn Prozent der Tätigkeiten der Vollzugsbeamten liegen in der Betreuung der Gefangenen. Nur sechs bis zehn Prozent! Bis zum Jahr 2015 werden 577 Bedienstete in den Ruhestand gegangen sein. Das sind mehr als 20,5 Prozent aller derzeit Bediensteten. Und was tun Sie? – Sie unternehmen nichts. Wenn das so weitergeht, werden wir bald die Situation haben, dass Gefangene auf sich selbst aufpassen müssen.

Der zweite Punkt ist die Fortsetzung Ihrer Maulkorbpolitik. Wir mussten uns in der Vergangenheit mit Ihrem unsäglichen Umgang mit dem verdienten Oberstaatsanwalt Roman Reusch befassen. Nun setzen Sie diesen Umgang mit Ihrer eigenen Genossin, der Oberstaatsanwältin Junker, fort, und das mutmaßlich nur, weil sie in ihrer Eigenschaft als Verbandsvertreterin evident schlechte Arbeitsbedingungen für ihre Kollegen gerügt hat. Auch hier: keinerlei Einsicht.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Der dritte Punkt ist die Hilflosigkeit bei der Unterbindung des Mobilfunkverkehrs in den Haftanstalten. Zuerst mussten wir Sie zum Jagen tragen und zwingen, dass Sie die Grundlagen überhaupt erst dafür schaffen, diesen gefährlichen Mobilfunkverkehr in den Anstalten zu unterbinden. Seitdem passiert nichts. Sie kriegen es einfach nicht hin, nunmehr die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, obwohl Ihnen unionsregierte Länder wie Niedersachsen oder Baden-Württemberg vormachen, wie das gehen kann. Ihr Konzept ist so schlecht, dass Ihr eigener Finanzsenator Ihnen von den 2,5 Millionen Euro, die Sie beantragt haben, schlichte und geradezu lächerliche 300 000 Euro gelassen hat. Das ist ein absoluter Bankrott.

[Beifall bei der CDU]

Dieser absolute Bankrott wird eigentlich nur noch davon übertroffen, dass Sie eine absolut peinliche MODESTA-Pleite hingelegt und zu verantworten haben. Sie haben hier zu verantworten, dass von einer roten Justizverwal-

tung mindestens 8,5 Millionen Euro in den Sand gesetzt wurden, auch wenn Ihr Staatssekretär – der öfter mal im Rechtsausschuss als Mathe- oder Lateinlehrer fungiert – uns da etwas anderes vorrechnen wollte. Sie werden im nächsten Rechtsausschuss erklären müssen – gerade vor dem Hintergrund, was wir in der notleidenden Berliner Justiz mit den 8,5 Millionen Euro hätten machen können –, was dort eigentlich passiert ist.

Mein letzter Punkt ist der Aktenstau im Sozialgericht. 17 000 Hartz-IV-Fälle sind in der Warteschleife. Das sind nicht nur 17 000 Akten, Frau von der Aue, sondern das sind 17 000 Menschen, die dahinter stehen und ihre verfassungsrechtlich verankerte Justizgewährleistungspflicht in Anspruch nehmen und aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage in aller Regel dringend auf eine Entscheidung angewiesen sind. Rot-Rot postuliert sonst immer, für die sozial Schwachen da zu sein. Ich frage mich: Wo sind Sie, Frau von der Aue? Angesichts dieser nur wenigen Punkte wird es Sie nicht wundern, wenn wir diesem Einzelplan nicht zustimmen können. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege Rissmann! – Das Wort für die Linksfraktion hat der Abgeordnete Dr. Lederer.

Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich, seit ich Mitte 2003 Mitglied des Rechtsausschusses geworden bin, nicht erinnern, dass wir so lange zusammengesessen und beraten haben wie in diesem Jahr. Wir haben gegen acht, neun Uhr angefangen, und als wir auseinander gingen, war es dunkel. Wenn ich einmal unterstelle, dass das eine gründliche Arbeit war, die wir da geleistet haben – das Durchforsten der Titel, das Nachschauen im Einzelplan, wo Möglichkeiten für andere Gestaltungsschwerpunkte existieren –, dann kann ich nur sagen, dass wir die Möglichkeiten, die wir gesehen haben, ausgeschöpft haben und dass sich das Ergebnis sehen lassen kann. Mein Dank für die konstruktive Arbeit geht von dieser Stelle an die Kolleginnen und Kollegen im Rechtsausschuss.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Ich denke, es war durchaus eine konstruktive und vernünftige Arbeit, die wir dort geleistet haben. Dem Dank des Kollegen Felgentreu für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Justiz kann ich mich nur anschließen.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Der Justizetat wird sich in den Einnahmen etwa auf dem Niveau halten, das wir im vergangenen und in diesem Jahr hatten. Die Ausgaben werden höher sein: 39 Millionen Euro im Jahr 2010, ca. 44 Millionen Euro im Jahr 2011. Das zeigt, dass wir Schwerpunkte setzen konnten und mussten.